

Protokoll

über die 75. Sitzung vom 8. Oktober 2009

Beginn: 9:33 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 75. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie alle.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Rudolf Hausmann, Dr. Mentrup, Pix und Stratthaus erteilt.

Krankgemeldet sind Frau Abg. Bauer und die Herren Abg. Raab und Reichardt.

(Unruhe)

– Ich darf Sie darum bitten, die Gespräche einzustellen und Ihre Plätze einzunehmen. Das gilt auch für Herrn Abg. Zimmermann.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Er hat es nicht gehört!)

Aus dienstlichen Gründen haben sich Herr Minister Professor Dr. Reinhart, Herr Minister Rau – ab 12:00 Uhr – und für heute Nachmittag Frau Ministerin Gönner entschuldigt.

Entschuldigt ist – für heute Vormittag – Herr Minister Professor Dr. Frankenberg.

Dienstlich verhindert ist Frau Staatsrätin Dr. Hübner.

Wir treten damit in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Risiken der geplanten AKW-Laufzeitverlängerung für Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Es gelten die für eine Aktuelle Debatte üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Untersteller.

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Symbole sind in der Politik zugebenermaßen nicht alles. Man sollte aber die Symbolwirkung auch nicht unterschätzen, die davon ausgeht, wenn sich ein Ministerpräsident nicht einmal zwei Tage nach einer gewonnenen Bundestagswahl sozusagen als erste Amtshandlung mit dem Chef eines großen Energieversorgungsunternehmens – in diesem Fall der EnBW – in eine Pressekonferenz setzt, sich dabei für ein Ende der AKW-Laufzeitbegrenzung ins Zeug legt und sich letztlich für die Partikularinteressen der vier großen deutschen Stromkonzerne starkmacht. Nicht einmal zwei Tage nach einer gewonnenen Bundestagswahl werfen

Sie damit eine Vereinbarung über Bord, mit der es gelungen ist, einen zwei Jahrzehnte währenden Konflikt in Deutschland, von dem Sie wissen, dass er teilweise auch mit gewalttätigen Auseinandersetzungen zu tun hatte – ich nenne nur Brokdorf, Wackersdorf und Kalkar –, zu beenden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Waren Sie da überall dabei?)

Ich finde es sehr leichtfertig, so etwas zu machen. Meine Damen und Herren, mir ist es wirklich unbegreiflich, wie man die Interessen der vier Stromkonzerne letztlich über das Interesse der Allgemeinheit stellen kann,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was ist bei Ihnen Allgemeinheit? Die Grünen? – Zurufe der Abg. Jörg Döpfer und Winfried Scheuermann CDU)

diese Konflikte in Deutschland zu beenden. Letztlich werten Sie die Gewinn- und die Profitinteressen der Konzerne in Deutschland höher als das Interesse der Allgemeinheit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Das meinen Sie jetzt aber nicht ernst, oder?)

Wenn Sie in die Präambel der Ausstiegsvereinbarung schauen, Herr Kollege Mappus,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE zu Abg. Stefan Mappus CDU: Sie haben doch keine Ahnung!)

die wir im Jahr 2000 mit den Stromkonzernen geschlossen haben, finden Sie folgenden Satz:

Beide Seiten

– also auch die Stromkonzerne –

werden ihren Teil dazu beitragen, dass der Inhalt dieser Vereinbarung dauerhaft umgesetzt wird.

Pacta sunt servanda – Sie können sehen, dass das für die Konzerne überhaupt nicht gilt.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: Das gilt auch für die Allgemeinheit!)

Ich prophezeie Ihnen schon heute, dass Ihnen das in Ihrer Regierungszeit ganz ähnlich gehen wird.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Erst haben Sie prophezeit, wir bekämen keine Mehrheit!)

(Franz Untersteller)

Ungeachtet der Tatsache, dass ich von dem Konzept, das Sie vorgelegt haben, nämlich dass 50 % der Profite in einen Fonds einzuzahlen sind, um damit erneuerbare Energien zu fördern, nichts halte, glaube ich schon jetzt, dass Sie das nicht durchsetzen werden.

(Abg. Winfried Scheuermann CDU: Jetzt warten Sie doch erst einmal ab!)

Das zeigt sich auch schon an den Äußerungen der Stromwirtschaft. Ich gebe einmal wieder, was Herr Villis letzte Woche in der Pressekonferenz sinngemäß gesagt hat: „Was Mehrgevinne überhaupt sind, müsste man erst einmal definieren“, und anschließend: „Wir sind bereit, unseren Obolus für eine Laufzeitverlängerung beizutragen.“

Laut Duden bedeutet Obolus nichts anderes als eine kleine Geldspende.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Hört, hört! Kleine Geldspende!)

Von 50 % ist man bei einer kleinen Geldspende weit entfernt.

All das lässt schon jetzt erkennen, dass Sie mit Ihrem Vorschlag, 50 % des Profits in einen Topf zu werfen, zum Schluss – das prophezeie ich Ihnen – mit abgesägten Hosen dastehen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Im Übrigen sage ich Ihnen: Die Argumente, die Sie bisher für eine Laufzeitverlängerung ins Feld geführt haben – Klimaschutz, Versorgungslücke, Wirtschaftlichkeit –, sind bei näherer Betrachtung überhaupt nicht stichhaltig. Was wollen Sie bei einem Anteil der Kernenergie von 2,5 % am weltweiten Endenergieverbrauch

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Reden Sie von Baden-Württemberg!)

mit der Kernenergie beim Klimaschutz erreichen?

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist ja unsachlich!)

Nächster Punkt.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wie viel Prozent haben wir in Baden-Württemberg? Das ist Stuss, was Sie da erzählen!)

– Nehmen wir einmal Deutschland. Wenn Sie die 17 deutschen Kernkraftwerke weiterlaufen lassen, wie wollen Sie dann auch nur 1 t CO₂ einsparen bei einem Emissionshandel, der bei 450 Millionen t gedeckelt ist? Es ist einfach unsinnig, was Sie da ins Feld führen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie wollen Sie 17 Kernkraftwerke ersetzen? – Abg. Jörg Döpfer CDU: Bei Ihnen kommt der Strom aus der Steckdose!)

Die angebliche Versorgungslücke – das hat Ihnen in dieser Woche das Umweltbundesamt noch einmal deutlich gemacht

– ist eine Schimäre. Die deutsche Stromwirtschaft hatte in den letzten Jahren einen Exportüberschuss von 20 Terawattstunden, und das bei teilweise stillliegenden Kernkraftwerken. Das ist die Realität.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aha! Jetzt kommt die große Lüge des Herrn Untersteller! – Gegenruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Wer lügt hier? – Unruhe bei den Grünen)

Was die angeblich billigen Strompreise betrifft, haben die Verbraucherinnen und Verbraucher in Baden-Württemberg, wo der Strom zu 50 % aus Kernenergie kommt, in den letzten Jahren ihre Erfahrungen gemacht.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Schon einmal etwas von Angebot und Nachfrage gehört?)

Letztlich, Herr Kollege Mappus: Sie haben zwar die Bundestagswahl gewonnen, aber nicht wegen Ihrer Forderung nach Laufzeitverlängerung,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir haben aber laut genug gebrüllt!)

sondern trotz dieser Forderung. In der Bevölkerung draußen haben Sie keine Mehrheit für diese Position.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Das hätten Sie gern! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In Deutschland entscheiden aber Wahlen und nicht Ihre Umfragen!)

Die Menschen nehmen in dieser Diskussion eine ganze Reihe von Dingen wahr. Sie nehmen wahr, dass es ein Forschungsbergwerk Asse gibt, wo 100 000 Fässer aus Karlsruhe liegen und wo bereits nach 30 Jahren das Wasser durch die Stollen rauscht.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Untersteller, kommen Sie zum Punkt!)

Das nehmen sie wahr. Sie nehmen wahr, dass die Energieversorgungsunternehmen nicht bereit sind, sich an den bis zu 5 Milliarden € Stilllegungskosten für Asse zu beteiligen. Sie nehmen das ganze Theater um Gorleben wahr, wo sich zunehmend herausstellt, dass da mit falschen Karten gespielt wird.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wer hat denn die Aufsicht über Asse? Wer war denn das?)

Sie nehmen wahr, dass Sie in Karlsruhe 2,7 Milliarden € in die Stilllegung einer Versuchsanlage, der WAK, hineinstecken, dass Sie aber auf der anderen Seite schon jetzt die Frage thematisieren, ob man nicht zu viel Geld in die Förderung der erneuerbaren Energien hineinsteckt. Das nehmen die Leute draußen wahr.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie nehmen auch wahr, dass die Energieversorgung ohne Kernkraftwerke nicht ausreichen kann!)

Deswegen verfolgen sie Ihren politischen Kurs mit Misstrauen.

(Franz Untersteller)

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Deshalb haben wir auch eine Mehrheit bekommen!)

Meine Damen und Herren, ich stelle noch einmal fest: Sie haben keine gesellschaftliche Mehrheit für diesen energiepolitischen Kurs, den Sie fahren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben Sie das Wahlergebnis zur Kenntnis genommen, oder ist das bei den Grünen noch nicht angekommen?)

– Schauen Sie sich die Ergebnisse der ganzen Umfragen an. Sie haben – das ist in den letzten Wochen und Monaten deutlich geworden – für Ihren energiepolitischen Kurs keine Mehrheit.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das sehen wir dann! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Der dreht doch nur an seinem Rädchen!)

Eine Laufzeitverlängerung wird letztlich dazu führen, dass die Entwicklung, die während der Regierungszeit von Rot-Grün in Gang gekommen ist und die in den letzten Jahren weitergegangen ist, nämlich dass die erneuerbaren Energien ausgebaut werden, dass Arbeitsplätze in diesem Bereich geschaffen wurden, dass Energieeffizienz zu einem wirtschaftspolitischen Thema geworden ist – –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: 170 000 € pro Arbeitsplatz aus Steuergeldern, Herr Kollege!)

Das alles werden Sie mit diesem Kurs zum Stoppen bringen.

Übrigens, Herr Kollege Rülke,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja!)

schauen Sie doch einmal in die dpa-Meldungen von heute Morgen. In der Meldung von 8:41 Uhr werden Sie Folgendes finden:

In den Koalitionsverhandlungen mit der Union will die FDP eine vorzeitige Abschaltung der ältesten und vermeintlich unsichersten Atomkraftwerke (AKW) durchsetzen.

(Abg. Ingo Rust SPD: Was? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Der ältesten! Ja!)

Nach Informationen der „Rheinischen Post“ ist bei der FDP die Stilllegung der Reaktoren Biblis A und B, Brunsbüttel, Neckarwestheim I und Krümmel schon 2010 im Gespräch. Willkommen im Klub, Herr Kollege Rülke!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich habe nie etwas anderes gesagt!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Müller.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt kommt wieder hohe Sachlichkeit in das Thema! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt kommt Sachpolitik, vorher war Polemik!)

Abg. Ulrich Müller CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass Rot-Grün sich durch den Ausgang der Bundestagswahl um die Früchte seiner Arbeit gebracht fühlt,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber die Früchte waren faul!)

kann man verstehen. Dass Sie frustriert sind, kann man auch verstehen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist berechtigt!)

Damit hört das Verständnis allerdings auch schon auf.

(Beifall des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Für mich ist das Erste, was unverständlich ist, dass Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, diese Debatte unter dem Stichwort: „Risiken der Laufzeitverlängerung für Baden-Württemberg“ führen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Sehr guter Titel!)

Ich erinnere einmal daran, dass der Vertrag, der sogenannte Atomkonsens zwischen Rot-Grün und den Energieversorgern, seinerzeit ausdrücklich nicht aufgrund von Sicherheitsproblemen geschlossen worden ist, sondern zur Beendigung politischer Streitfragen und deshalb, weil man gesagt hat, man wolle einen ungestörten Betrieb. Der Staat versprach damit also etwas, was er sowieso zu erbringen hat, nämlich dass er nach Recht und Gesetz handelt. Das war das Motiv. Hätte es damals ein Sicherheitsproblem gegeben, dann hätte man nicht Laufzeiten vereinbaren können, sondern dann hätte man abschalten müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: So ist es!)

Jetzt ist die Situation eine andere. Ich würde Ihnen empfehlen: Instrumentalisieren Sie Sicherheitsfragen nicht, und versuchen Sie nicht, die Bevölkerung wieder mit Angstparolen zu erschrecken.

(Abg. Jörg Döpfer CDU: So ist es!)

Denn schon bisher war es so, meine Damen und Herren, dass Sie gerade in zwei zentralen Fragen die Sicherheitsaspekte instrumentalisiert haben, ohne sie zu lösen. Das gilt erstens für die Endlagerfrage. Sie haben sich in dieser Vereinbarung – –

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Asse, Asse, Asse!)

– Und wer war zehn Jahre lang Bundesumweltminister? Wie schaut es aus?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nichts geschafft! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das war in der Zuständigkeit von Schavan! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Zuständigkeit: Annette Schavan! – Gegenruf des Abg. Stefan Mappus CDU: Von 1998 bis 2005? Garantiert! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP zu den Grünen: Als Kultusministerin von Baden-Württemberg! – Weitere Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Ulrich Müller)

– Vielleicht hätte der Bundesumweltminister auch etwas dazu beitragen können.

Zur Endlagerfrage: Sie haben sich in diesem sogenannten Atomkonsens eine zehnjährige Auszeit gegönnt. Wahrscheinlich haben Sie ungefähr eingeschätzt, wie die Wahlen 2009/2010 ausgehen.

(Heiterkeit bei der CDU)

In dieser Zeit ist zur Lösung der Endlagerfrage substantiell nichts geschehen.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Gar nichts!)

Was geschehen ist, war, dass es in Baden-Württemberg Zwischenlager vor Ort mit einer Laufzeit von 40 Jahren gegeben hat. Sie beklagen ein Problem, das Sie in der Argumentation gegenüber den Vertretern der Kernkraft brauchen. Wir werden dieses Problem lösen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Am Bodensee, oder? Da bin ich gespannt! Die Sprüche klopfen ihr schon sehr lange!)

Wir sind mit dem Problem noch nicht am Ende. Aber so, wie wir uns in den vergangenen Jahren dem Problem genähert haben,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Mit gefälschten Gutachten!)

werden wir es auch in der Zukunft lösen.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Aber nicht mit gefälschten Gutachten, bitte!)

Zweites Stichwort: durch Terroristen herbeigeführte Flugzeugabstürze. Auch da muss man sagen: Wenn das aus der Sicht von Trittin und Gabriel ein ernsthaftes Problem gewesen wäre, hätten sie handeln müssen. Sie haben nicht gehandelt.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Die haben gewusst, warum!)

Es ist doch einigermaßen unwahrscheinlich, dass sich die Gefährdung durch Terroristen genau seit dem 27. September erhöht hat. Es ist auch unwahrscheinlich, dass ein neuer Minister ein erhöhtes Problem in dieser Hinsicht darstellen würde. Wir haben die Bereitschaft, auch dieses Problem anzugehen.

Jetzt lassen Sie mich, wenn wir gerade von Ministern und anderen Politikern sprechen, auch noch ein aktuelles Wort zum bisherigen Umweltminister und künftigen SPD-Vorsitzenden Gabriel sagen. Der künftige SPD-Vorsitzende hat im Bundestagswahlkampf mehr oder weniger redlich –

(Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

ich sage einmal: eher weniger redlich; aber das nur am Rande – den Ausgang dieser Wahl dadurch zu beeinflussen versucht, dass er aus dem Wahlkampf eine Atomdebatte gemacht hat, dass dies auch ein „Atomwahlkampf“ war.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist gelungen!)

Sie, meine Damen und Herren von der SPD, haben diesen Bundestagswahlkampf auch zu einem Plebiszit über die Kernkraft gemacht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber es hat in einem Super-GAU geendet!)

Wir haben unsere Position seit Jahren und bis in die letzten Tage dieses Wahlkampfes hinein klar und offen ausgesprochen. Der Bürger hat entschieden, und das Ergebnis ist bekannt. Deswegen bestreiten Sie uns nicht die Legitimität, eine andere Politik zu machen als diejenige, die Sie bisher gemacht haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben das Mandat, jetzt zu handeln und auch mit den Energieversorgern zu verhandeln. Wir werden das nicht so machen, wie es seinerzeit war, mit politischem Druck – Stichwort „ungestörter Betrieb“ –, sondern wir werden das fair und sachorientiert machen.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Was immer „sachorientiert“ heißt!)

Dem seinerzeitigen Vertrag hat die Legitimität gefehlt, unserer Politik fehlt sie nicht. Wir haben das Mandat. Wir verhandeln neu, zukunftsgerichtet, sicherheitsorientiert, energiepolitisch vernünftig und ökologisch verantwortlich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje! – Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Wenn ich „wir“ sage, dann bezieht sich das auf Baden-Württemberg,

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: EnBW, oder wer spricht da jetzt?)

auf diese Landesregierung ganz speziell. Denn wir waren diejenigen, die in das Bundestagswahlprogramm der CDU den Gedanken gebracht haben, dass Mehrerlöse durch Laufzeitverlängerung zu einem erheblichen Teil in ökologisch fortschrittliche Energiepolitik gesteckt werden sollen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ein kleiner Obolus, sage ich nur!)

In unserem Land befinden sich die sichersten Kernkraftwerke. Es ist schon ein Treppenwitz, dass gerade das Kernkraftwerk, das als Nächstes – konkret im nächsten Frühjahr – zur Abschaltung anstanden hätte, nämlich Neckarwestheim I, durch die Internationale Atomenergie-Organisation mit der OSART-Mission ein glänzendes Zeugnis ausgestellt bekommen hat.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Hört, hört!)

Daran wollen wir festhalten. In unserem Land ist natürlich der Anteil der Kernkraft an der Stromproduktion mit 50 % besonders hoch. Deswegen sind wir von diesem Thema besonders betroffen.

(Ulrich Müller)

Unsere Kurskorrektur ist jetzt in der Koalitionsvereinbarung durchzusetzen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Nach dem, was ich heute früh gehört habe, vertraue ich auf die FDP Baden-Württemberg, dass dort die Dinge wieder gerichtet werden.

(Lachen bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD:
Am Bodensee?)

Wir werden anschließend mit den Energieversorgern verhandeln. Wir sind noch ganz am Anfang des Prozesses. Der Prozess ist zehn Tage alt, aber Ihre Kritik ist schon fertig: Erstens: Wir würden uns nicht durchsetzen. Zweitens: Wir würden den Energieversorgern Geld in den Rachen schmeißen. Und drittens: Wir würden den Ausbau der regenerativen Energien durch die Laufzeitverlängerung behindern.

Lassen Sie mich dazu abschließend drei Dinge sagen. Zu der Frage, wie weit wir uns durchsetzen, sage ich einfach: Warten Sie es ab.

(Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE: Sie wissen ja gar nicht, was Sie wollen!)

– Warten Sie es ab. Unkenrufe gehören in den Krötenteich und nicht in den Plenarsaal.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Füttern wir die Energieversorgungsunternehmen? Wenn jetzt, meine Damen und Herren, von hohen Milliarden Gewinnen die Rede ist – es war ja von 18 Milliarden € allein bei der EnBW die Rede –, dann will ich zunächst einmal nur sagen: Je höher Sie die Summe schrauben, desto deutlicher und größer wird der Schaden, den Sie angerichtet hätten, wenn Ihre Politik fortgesetzt worden wäre.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Lachen bei den Grünen)

– Ja, so ist es. – Aber die 18 Milliarden € stimmen aus zwei Gründen nicht: Erstens: Wir sagen: Solange es technisch verantwortlich und sicherheitsmäßig verantwortlich ist, sollen die Kernkraftwerke weiterlaufen. Das heißt aber andererseits: Gleichzeitig gibt es die permanente Aufgabe der Nachrüstung, so wie es auch in der Vergangenheit schon der Fall war. In Neckarwestheim ist beispielsweise im Wege der Nachrüstung mehr Geld hineingesteckt worden als seinerzeit beim Bau. Das wird auch in Zukunft so sein. Wir lassen diese Kernkraftwerke nicht einfach laufen. Bei uns gibt es keinen Sicherheitsrabatt, und wenn es keinen Rabatt gibt, dann kostet es Geld, und wenn es Geld kostet, dann vermindert das natürlich die theoretischen Gewinne, die man hätte, wenn man nicht nachrüsten würde.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Aha!)

Wir haben den Ehrgeiz, dass die sichersten Kernkraftwerke der Welt nach wie vor in Baden-Württemberg stehen, und wir werden uns in der Sicherheitsforschung und auch in der internationalen Sicherheitsdebatte zurückmelden.

(Beifall des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP –
Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Sehr gut!)

Zum Zweiten: Wir schöpfen einen beträchtlichen Teil der dann noch verbleibenden Gewinne ab, und zwar für einen überbetrieblichen, außerbetrieblichen Fonds zum Zweck der Energieforschung und der Energieanwendung und im Bereich des Umweltschutzes, ob es die Batterieforschung ist, ob es die Einsparttechnologien sind oder ob es die Förderung regenerativer Energien ist.

Auch mir ist das Wort vom Obolus aufgefallen. So billig wird es nicht. Das kann ich schon heute mit Sicherheit voraussagen. Ich weiß jetzt nicht, wie der Begriff Obolus zu verstehen war, aber falls er im Sinn des von Ihnen zitierten Dudeneintrags gemeint sein sollte: So billig wird es nicht.

Bleibt, meine Damen und Herren, der Einwand, dass die Verlängerung der Laufzeiten die regenerativen Energien verdrängt. Da will ich zunächst einmal sagen: Wenn es so gewesen wäre, dann hätte sich das ja eigentlich schon in den letzten zehn Jahren zeigen müssen. Denn wir hatten das Nebeneinander von beidem.

(Unruhe bei der SPD)

Weit gefehlt! Regenerativer Strom ist und bleibt gefördert. Das Ziel, zu dem wir uns gegenüber der Europäischen Union verpflichtet haben, ist unverändert, und regenerativer Strom ist und bleibt privilegiert, was die Einspeisung in das Netz anbelangt. Was wir verhindern, ist der Zubau von Kohlekraftwerken, der nötig würde, wenn wir Kernkraftwerke abschalten würden.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Stefan
Scheffold CDU)

Das heißt ganz einfach: Die Regenerativen sind neben der Kernkraft nicht ohne Chance, sondern sie wären ohne Kernkraft ohne Nutzen

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: CO₂ sparen!)

– ja –, einfach deswegen, weil wir damit eine Verschlechterung der CO₂-Bilanz vermeiden. Die Kombination aus Kernkraft und Regenerativen gegen die Fossilen, das ist die richtige Strategie.

Meine Damen und Herren, wir machen nach der Wahl die Politik, die wir vor der Wahl versprochen haben. Unser Land wird sich dabei in besonderem Maß in die Debatte einbringen. Wir werden Probleme lösen, statt sie nur zu instrumentalisieren und ein politisches Spiel mit ihnen zu betreiben. Wir wollen eine sichere, umweltverträgliche und bezahlbare Stromproduktion, und wir werden für die Umwelt mehr tun, als in den letzten zehn Jahren geschehen ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Stefan Mappus CDU: Super! – Abg. Karl
Zimmermann CDU: Die Laufzeit dieses Politikers
sollte auch verlängert werden! – Gegenruf des Abg.
Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das lässt sich jederzeit
einrichten!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Knapp.

Abg. Thomas Knapp SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist wirklich gut, dass das, was heute gesprochen wird, auch protokolliert wird. Denn wir werden Sie, Kollege Rülke und Kollege Mappus, an den Aussagen, die Sie vorhin gemacht haben, noch messen können.

Ich halte es für gut, Herr Kollege Müller, dass Sie zu diesem Thema gesprochen haben. Denn Sie haben damals als Umweltminister die Entwicklung des Atomkonsenses mitgestaltet. Jetzt möchte ich einmal aus einer anderen Sicht beleuchten, wie das Ganze damals zustande kam. Wir haben heute das Thema „Risiken der geplanten Laufzeitverlängerung“ auf der Tagesordnung. Heute geht es im Wesentlichen um Risiken. Man muss einmal aufzeigen, was da dahintersteht.

Am 14. Juni 2000 wurde zwischen den Kernkraftwerksbetreibern und der damaligen Bundesregierung vereinbart, dass man den Atomkonsens beschließt. Am 27. April 2002 trat eine entsprechende Änderung des Atomgesetzes in Kraft. Sie haben es richtig ausgeführt: Es ging um einen ungestörten Weiterbetrieb der Kernkraftanlagen. Man hat damals auch vereinbart – ich komme gleich darauf; auch wir im Umweltausschuss haben das in nicht öffentlicher Sitzung getan, mit Ihnen als Umweltminister in Baden-Württemberg –, in der Bevölkerung keine Ängste mehr in Richtung Risiken zu schüren und dafür zu sorgen, weil etwas vereinbart worden ist, weil etwas Gesetz geworden ist, dass dieses Gesetz ganz normal in Kraft treten kann. Sie hingegen kippen jetzt diesen Konsens, diese Vereinbarung, dieses Gesetz der Vorgängerregierungen – denn auch Schwarz-Rot hat es nicht aufgehoben. Herr Minister, wir alle können es nachlesen.

(Zuruf von der SPD: Exminister! – Abg. Reinhold Gall SPD: Die haben ihn selbst abgesägt! – Gegenruf von der CDU: So wie eure in Berlin!)

– Entschuldigung, Exminister, damaliger Minister.

Es ist gut, sich das anzusehen. Wir alle können in der Drucksache 13/955 nachlesen, was wir am 11. April 2002 im Umweltausschuss besprochen haben. Dort haben wir über das Thema „Sicherheitskonzept der baden-württembergischen Atomkraftwerke“ diskutiert. Zwischen dem Abschluss der Vereinbarung und dem Inkrafttreten des Gesetzes gab es nämlich den 11. September 2001. Sie, Herr Müller, haben damals als Minister für Umwelt und Verkehr klipp und klar dargelegt:

... kein Kernkraftwerk sei darauf ausgelegt, einem aktiv auf das Kernkraftwerk zufliegenden großen Passagierflugzeug standzuhalten.

Dann führten Sie weiter aus, dass dies damals nicht in der Planung war. Wir müssen aber beim Thema Risiko zur Kenntnis nehmen, dass es nach dem Abschluss der Vereinbarung den 11. September gab. Wir haben alle stillgehalten, weil wir gesagt haben: Es gibt eine Vereinbarung; man will einen gezielten Ausstieg. Neckarwestheim I ist hinsichtlich Flugzeugabstürzen völlig ungeschützt. Wir haben gesagt: Wir halten still, weil die Anlage 2009 vom Netz geht. Das haben wir vereinbart. Sie kündigen aber jetzt diese Vereinbarung auf, die wir auch im Land getroffen haben. Das geht so nicht. Deshalb

wünsche ich Ihnen sehr viel Spaß bei der Umsetzung dessen, was Sie heute so locker gesagt haben. Sie sagten: „Wir werden das schon machen; wir haben die politische Legitimation.“ Wir werden sehen, wie dies geht.

(Zuruf von der CDU: So ist es! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Wir haben es vor der Wahl versprochen und halten uns daran! Das unterscheidet uns von anderen!)

– Das ist richtig. Kollege Untersteller hat gesagt, dass Sie die Wahl gewonnen haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hat er aber nicht gemerkt!)

Sie ist trotz dieser Ankündigung so ausgegangen, wie sie ausgegangen ist. Wir werden sehen, wie Sie das machen. Sie stehen gegen 70 % der Bevölkerung.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: 83 % sind dafür!)

Das wird nicht so einfach werden.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Sie müssen mit Ihren Fensterreden einmal aufhören. Sie richten sich vor allem gegen die Stadtwerke. Gestern hat Kollege Nemeth noch groß erzählt, man wolle die Stadtwerke stärken. Kraft-Wärme-Kopplung, Ausbau der erneuerbaren Energien und solche Maßnahmen gehen nur mit den Stadtwerken. Der Verband kommunaler Unternehmen spricht sich ganz klar gegen eine Laufzeitverlängerung aus; er will eine dezentrale Energieversorgung. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Stadtwerke gestärkt werden, dass mehr dezentral geschieht. Dies geht nur mit den Akteuren vor Ort. Wenn diese mit ihren Investitionen gegen abgeschriebene alte Kisten „anstinken“ müssen, denen Sie den Gewinn zuschanzen, dann – das muss ich sagen – funktioniert das nicht. Was Sie hier machen, ist wirklich stadtwerkefeindlich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Sie richten sich genauso gegen eine gute Wirtschaftspolitik. Wir alle wissen, dass wir im Bereich der erneuerbaren Energien enorm viele Arbeitsplätze geschaffen haben. Allein bei der Erzeugung erneuerbarer Energien haben wir die doppelte Menge an Arbeitsplätzen wie bei der herkömmlichen Energieerzeugung, also bei der fossilen und der atomaren Energieerzeugung.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: 170 000 € Steuergeld pro Kopf!)

Allein in Baden-Württemberg bedeutet der Einstieg in die erneuerbaren Energien über 3 000 Arbeitsplätze.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Bis 2013 gefördert mit 77 Milliarden €!)

Sie sind gegen eine sinnvolle Energiepolitik. Ich wünsche Ihnen hier im Land viel Spaß bei der Umsetzung des Projekts „Ausstieg aus dem Ausstieg“.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Knapp, gestatten Sie noch eine Frage des Herrn Abg. Nemeth?

Abg. Thomas Knapp SPD: Gern.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Dieser Zimmermann soll doch einmal eine Rede halten, statt immer zu blöken! – Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn er es mir erlaubt, Herr Kollege, stelle ich die Frage! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Zimmermann, wenn Sie ruhig sind, kann der Kollege fragen!)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Nemeth hat das Wort.

Abg. Paul Nemeth CDU: Herr Knapp, zu Ihrer Bemerkung zu den Stadtwerken und den Kernkraftwerken und deren Gegenüberstellung: Ist Ihnen bekannt, dass die ganz große Mehrzahl der Stadtwerke überhaupt keinen Strom produziert, sondern nur damit handelt?

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

Abg. Thomas Knapp SPD: Herr Nemeth, das ist eine gute Frage.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Tatsachenfeststellung!)

Herr Kollege Nemeth, ist Ihnen bekannt, dass so gut wie alle Stadtwerke sagen, sie wollten in die Produktion?

(Widerspruch bei der CDU – Unruhe)

Ist Ihnen bekannt, dass in der Energiewirtschaft im Vertrieb so gut wie nichts mehr verdient wird, dass in den Netzen, weil sie für die Bürgerinnen und Bürger reguliert sind, so gut wie nichts mehr verdient wird?

(Zuruf des Abg. Jörg Döpfer CDU)

Das heißt, alle in der Energiewirtschaft sagen, dass sie in die Erzeugung wollen und müssen.

(Zuruf des Abg. Jörg Döpfer CDU – Gegenruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Unruhe)

Jetzt kann man sich fragen: Wie erzeugt man? Man kann mit dem Ausstieg zementieren, dass vier große Konzerne weiterhin 80 % des Strombedarfs decken, oder man kann dafür sorgen, dass viele Stadtwerke in die Stromerzeugung einsteigen und man damit eine Dezentralisation bekommt,

(Abg. Peter Schneider CDU: Das wird billiger?)

dass man auch in Baden-Württemberg Arbeitsplätze vor Ort bekommt. Das ist eine gute Frage, Herr Kollege Nemeth.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU – Unruhe)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke.

(Anhaltende Unruhe)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland hat gewählt, aber die Grünen haben es nicht gemerkt.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU – Oh-Rufe von der SPD und den Grünen)

Das ist offensichtlich der Grund für die heutige Debatte.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Weder Herr Gabriel noch Herr Steinmeier, noch die ganzen grünen Wahlkämpfer – die meisten Namen sind mir inzwischen entfallen –

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Oh! – Unruhe bei den Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Das dürfte allerdings nicht sein! Das ist als Fraktionsvorsitzender peinlich! Das ist ja peinlich, so ein kurzes Gedächtnis!)

haben es bei ihren Wahlreden versäumt, darauf hinzuweisen: „Abgestimmt wird über die Atompolitik in Deutschland. Entweder wir bekommen eine Bundesregierung mit einem sozialdemokratischen Bundeskanzler und einer starken grünen Partei, oder in Deutschland bricht der atomare Winter aus, und die Atomlobby übernimmt die Macht.“ Bei jeder Wahlrede war das zu hören.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Zurufe von den Grünen – Unruhe)

Jetzt stellen Sie sich hier hin, nachdem wir ein Wahlergebnis haben und diese fürchterlichen schwarz-gelben Atomsünder eine Mehrheit bekommen haben, und tun so, als ob diese Wahl in Deutschland gar nicht stattgefunden hätte.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Meine Damen und Herren, Sie können nun wirklich nicht behaupten, die Bevölkerung habe nicht gewusst, welche Politik eine schwarz-gelbe Bundesregierung in diesem Bereich vorhat. Wir setzen genau das um, was wir vor der Wahl gesagt haben. Genau dafür haben wir auch eine gesellschaftliche Mehrheit bekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was haben Sie denn gesagt?)

Herr Untersteller, jetzt reden wir einmal über Partikularinteressen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE – Heiterkeit bei den Grünen)

Sie haben uns vorgeworfen, wir hätten diese Politik gemacht, um uns sozusagen auf den Schoß der Atomlobby zu setzen und uns von ihr alimentieren zu lassen. Jetzt schauen wir uns einmal an, auf welchen Schößen mittlerweile die Dioskuren des Atomausstiegs sitzen, nämlich die Herren Schröder und Fischer.

(Abg. Ingo Rust SPD: Was? – Abg. Heiderose Berthold FDP/DVP: Ja! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sie haben nämlich im Jahr 2001 den Atomausstieg beschlossen – entgegen allen Warnungen,

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

dass es zu einer Energielücke kommen wird, die dann durch fossile Energieträger geschlossen werden muss.

(Widerspruch bei den Grünen – Zuruf von der SPD:
Wo ist denn die Lücke? – Weitere Zurufe – Unruhe)

Genau auf diesen Schöben sitzen die beiden: Schröder hat den Atomausstieg beschlossen, wohl wissend, dass wir dann Gas benötigen.

(Zurufe von den Grünen – Anhaltende Unruhe)

Wo sitzt er heute? Zunächst einmal hat er Herrn Putin weißgewaschen, hat ihm einen Persilschein als lupenreinem Demokraten ausgestellt. Heute frisst er das Brot von Putin und lässt sich von ihm alimentieren.

(Beifall und Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Sehr gut! – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut herausgearbeitet! Das muss gesagt werden! – Widerspruch bei der SPD und den Grünen – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sagen Sie etwas zum Thema!)

Jetzt kommen wir zu dem Zweiten, dem Grünen der Dioskuren des Atomausstiegs. Da habe ich mir immer die Frage gestellt, von wem der hinterher kassieren will. Jetzt weiß ich es: Es ging Herrn Fischer um Kohle, und zwar in des Wortes doppelter Bedeutung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo! – Oh-Rufe von den Grünen)

Er ist inzwischen bei RWE, wohl wissend, dass wir, wenn wir zu früh aus der Atomenergie aussteigen, in Deutschland wieder Kohle verbrennen müssen und damit den Klimawandel befördern.

(Zuruf der Abg. Dr. Gisela Splett GRÜNE)

Meine Damen und Herren, inzwischen weiß ich auch, warum der Mensch Fischer heißt.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von den Grünen)

Das sind Partikularinteressen, Herr Untersteller. Darüber sollte man in diesem Land einmal reden.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr richtig! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Das war ja richtig niveaulos! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Jetzt sprechen wir einmal über die Frage, wann welches Kernkraftwerk abgeschaltet wird. Sie haben uns vorgeworfen, von Herrn Pinkwart wäre eine Meldung über dpa gelaufen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Was heißt „wäre“? Können Sie lesen? – Weitere Zurufe von den Grünen)

– Das mag ja sein. Ich erinnere mich aber noch genau, Herr Untersteller, dass wir die Diskussion im vergangenen Jahr schon einmal geführt haben. Da habe ich etwas Ähnliches gesagt. Sie waren derjenige, der dann gleich zur „Stuttgarter Zeitung“ gerannt ist und erklärt hat: Schaut einmal, was der Rülke erzählt hat.

(Lachen bei der SPD und den Grünen)

Ich weiß es noch genau. Ich kann Ihnen den Artikel zeigen. Da habe ich dem Sinn nach etwas ganz Ähnliches gesagt: Wir wollen im Grunde nichts anderes als Sie. Wir wollen aus der Kernenergie aussteigen.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Die Kernenergie ist eine Brückentechnologie. Es fragt sich nur, wann das möglich ist, nämlich dann, wenn wir den Energiebedarf insbesondere in Baden-Württemberg auch decken können. Dann versteht es sich doch von selbst, dass wir die älteren Kernkraftwerke rascher abschalten als die neueren.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: 2010 steht hier!)

Dass Neckarwestheim I eher vom Netz geht als Neckarwestheim II ist eine Selbstverständlichkeit, Herr Untersteller.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das steht doch schon im Atomkonsens!)

Nun zu dem, was wir wollen. Wir wollen eine Stiftung für Energie und Klimaschutz.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Gibt es schon bei der EnBW!)

Ich kann Ihnen auch sagen: Wir werden durchsetzen, dass die Energiekonzerne nicht nur einen kleinen Obolus, sondern mindestens die Hälfte der Erträge aus der Laufzeitverlängerung an diese Stiftung abführen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

Meine Damen und Herren, wenn sie es nicht tun, dann bekommen sie die Laufzeitverlängerung nicht. Das ist eine ganz klare Ansage.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Ich sage Ihnen voraus: Die Energiekonzerne werden dieses Geschäft mit uns machen. Dann werden wir dieses Geld nutzen, um die erneuerbaren Energien auszubauen. Denn es ist letztlich unsere Politik, die die erneuerbaren Energien fördert. Das, was Sie wollen, behindert die erneuerbaren Energien und nichts anderes.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: So ist es! Genau! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Klasse! – Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Der Rülke schreibt doch Niveau mit „w“! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Umweltministerin Gönner.

Umweltministerin Tanja Gönner: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die letzte Bemerkung nach dem Ende des vorherigen Redebeitrags veranlasst mich dazu, zu sagen: Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sollte Sachlichkeit das ganz Entscheidende in dieser Debatte sein.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE zu Abg. Karl Zimmermann CDU: Jimmy, jetzt hat sie dich gemeint! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Es geht hier nicht darum, dass wir ein wesentliches und wichtiges Thema emotional besetzen, sondern es geht darum, dass wir uns mit den Problemen, die gegeben sind, auseinandersetzen.

Ich glaube schon, dass es deswegen auch immer wieder wichtig ist, deutlich zu machen – mit unterschiedlichen Gewichtungen – – Ich will auch sagen: Der erste Redner war jetzt nicht unbedingt unemotional. In der Ruhe liegt die Kraft, und nur wer die Kraft hat, wird die richtigen Entscheidungen treffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme auf das zurück, was Herr Rülke gesagt hat. Es kommt immer darauf an, wie ich Umfragen stelle, um das Ergebnis zu bekommen, das ich haben will.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ach, jetzt!)

Deswegen weise ich darauf hin. Bei Sonntagsfragen ist es etwas anderes. Da ist die Frage immer gleich, da kann man nicht so viel herummachen. Ich weiß, dass es für die SPD nicht ganz so einfach ist, damit umzugehen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber noch immer besser als die Wahlergebnisse! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie wollten doch Sachlichkeit!)

Aber nichtsdestotrotz geht es immer darum, wie eine Frage gestellt wird.

Das Entscheidende ist: Man kann uns nicht vorwerfen, wir hätten im Wahlkampf bei diesem Thema nicht klar gesagt, was wir wollen. Man kann uns nicht vorwerfen, das sei nicht klar herausgekommen, weil die andere Seite versucht hat, dieses Thema zu emotionalisieren und damit ihre eigenen Wähler zu mobilisieren. Das ist jetzt mit unterschiedlichem Erfolg gelungen, wenn ich das einmal so sagen darf. Die Grünen sind die fünfte Fraktion im Bundestag, das heißt die kleinste Fraktion. Zum Ergebnis der SPD will ich jetzt nichts sagen, weil es mir durchaus eine gewisse Sorge bereitet.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sachlich wollten Sie doch sein! – Zurufe der Abg. Franz Untersteller und Jürgen Walter GRÜNE)

– In der Ruhe liegt die Kraft.

Lieber Herr Untersteller, Sie haben den Ministerpräsidenten wegen einer Landespressekonferenz angesprochen. Erstens

ist es nicht ungewöhnlich, dass am Dienstag nach Kabinettsitzungen Landespressekonferenzen stattfinden.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Die kann man aber auch zu anderen Themen machen!)

– Ja; ich komme darauf zurück.

Zweitens: Wenn es an diesem Tag eine Anhörung zum Thema Elektromobilität gibt und zwei Partner dieser Anhörung dazu eingeladen sind, an der Landespressekonferenz teilzunehmen, dann können Sie uns daraus anschließend keinen Strick drehen.

Das Weitere ist, dass Journalisten ihre Hausaufgaben machen und zu diesem Thema, das im Bundestagswahlkampf umstritten war, zwei Tage nach der Bundestagswahl natürlich ihre Fragen stellen. Ich glaube, das ist auch verständlich. Jeder macht seinen Job so, wie er ihn tun muss. Nur dürfen Sie das demjenigen dann auch nicht vorwerfen.

Weil Sie alle interessiert, wie es mit den Verhandlungen aussieht, will ich schon noch eines sagen: Ich nehme interessiert zur Kenntnis, wer vom gewünschten und zukünftigen Koalitionspartner derzeit was sagt. Das ist auch nicht immer nur durch hohe Sachkenntnis geprägt.

(Zuruf: Aha! – Zurufe von der SPD)

Wenn wir uns darüber einig sind, dass Sicherheit allein entscheidend für Laufzeitverlängerungen ist, dann sollten wir uns nicht darüber unterhalten, welches Kernkraftwerk angeblich heruntergefahren werden muss, wenn wir nicht wissen, wie die Sicherheit ist. Ich kann dann nur sagen: Eines unserer Kernkraftwerke hat vor Kurzem von internationalen Experten mit die beste Beurteilung erhalten, die es je bei einer Untersuchung durch internationale Kommissionen gegeben hat. Dies spricht gegen die entsprechende Sachkenntnis desjenigen, der die Äußerung getroffen hat.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Jetzt werden Sie aber nicht so emotional!)

Deswegen sage ich nur: Es kommt auf die Sicherheit an. Dieser Aspekt sollte uns, glaube ich, in diesen Verhandlungen auch entsprechend leiten.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Richtig!)

Das Entscheidende ist – in diesem Punkt sind wir uns einig –: Es gibt keine Laufzeitverlängerung zum Nulltarif. Im Übrigen gibt es auch keine Laufzeitverlängerung, wenn kein deutliches Entgegenkommen vorhanden ist. Allerdings weise ich auch darauf hin, dass man Verhandlungen für gewöhnlich nicht auf einem Marktplatz führt. Ich sage jetzt einmal als Juristin –

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aber eine Pressekonferenz ist ein Marktplatz!)

– Wenn Sie diese Pressekonferenz aber genauer verfolgt haben, lieber Herr Kretschmann, dann haben Sie festgestellt, dass wir uns bei Details sehr zurückgehalten haben, weil es schon immer unklug war, wenn der Gegner genau weiß, was man verhandeln will.

(Ministerin Tanja Gönner)

(Zuruf: „Gegner“! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eher Partner!)

– Nein, nein. Meinetwegen der Verhandlungspartner, aber zunächst einmal sitzt er auf der anderen Seite. Das meine ich jetzt nicht auf Sie bezogen, lieber Herr Rülke. Das gilt nicht für Koalitionsverhandlungen. Ich glaube, da werden wir uns schnell einig. Dies gilt vielmehr für die Energieversorger, mit denen wir uns dann auch an einen Tisch setzen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gilt: Wenn keine Vereinbarung getroffen wird, in der diese Punkte beinhaltet sind, die für uns wichtig sind – mindestens 50 % der Gewinne

(Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

und klare Definition der Sicherheit –, wird es keine Laufzeitverlängerung geben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, aber wie decken Sie dann den Strombedarf?)

– Ich werde Ihnen das gleich erklären.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP zu Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt kriegen Sie erst einmal Stuttgart 21 hin! – Gegenruf des Abg. Paul Nemeth CDU: Gut aufgepasst, Herr Drexler!)

– Genau, gucken Sie bei Stuttgart 21 nach dem Bahnstrom. Möglicherweise müssen Sie sich dann auch noch einmal Gedanken über Ihre Position zur Kernkraft machen. Aber das sei jetzt dahingestellt.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE zu Abg. Wolfgang Drexler SPD: Stuttgart 21 mit Atomstrom! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Hat das der Rülke gesagt? – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

– Es ist ausgesprochen nett, dass Sie sich so nett miteinander unterhalten. Das zeigt, dass Sie schauen müssen, ob Sie vielleicht einmal außerhalb dieses Saals miteinander schwätzen sollten.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Ist es sachlich, wenn man sagt, Stuttgart 21 geht nur mit Atomstrom? Das müssen Sie mir erklären!)

Das Entscheidende ist die Frage: Warum wollen wir das? Wir wollen es deswegen, weil wir erstens weiterhin dazu beitragen wollen, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien schneller vorankommt. Denn – das sei auch gesagt – es war immer Ihre Aussage und im Übrigen beim Atomkonsens mit vereinbart, dass der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttostromerzeugung bis 2020 20 % betragen soll. Wer rechnen kann, weiß: 100 % minus 20 % ergibt 80 %. Die müssen irgendwoher kommen, müssen irgendwie entsprechend erbracht werden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kohle, wenn es nach denen geht!)

Deswegen geht es uns darum, noch mehr an erneuerbaren Energien einzubringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wissen Sie, was mich bei dieser Debatte manchmal schon ein bisschen verärgert? Insofern sind dann auch gewisse Emotionen – aber Sie merken, ich fahre schon herunter – vorhanden.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Aha! Ohne Emotion geht es nicht!)

Wenn es um die Vereinbarkeit der erneuerbaren Energien mit den Kraftwerken mit fossilen Energieträgern geht, ist insofern eine Unehrllichkeit vorhanden, als es nicht um die Frage geht, ob die sich vertragen oder nicht. Denn nach wie vor gilt: Der Vorrang der erneuerbaren Energien ist vorhanden.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wie lange noch?)

– Das wird auch weiterhin so sein, lieber Herr Untersteller. Der Vorrang der erneuerbaren Energien soll und darf nicht angetastet werden.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Ich empfehle einen Blick nach England!)

Denn wenn wir davon sprechen, dass Kernenergie eine Brückentechnologie sein soll – darin besteht Einigkeit zwischen den Koalitionspartnern –, dann wird es da auch kein Problem geben.

Das zentrale Problem, das sich uns heute aber stellt, ist der Netzausbau. Da sage ich Ihnen nur: Interessanterweise sind überall dort, wo es darum geht, neue Leitungen zu legen, Bürgerinitiativen aktiv, die nicht unbedingt von CDU- und FDP-Aktivisten geprägt sind.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Oho! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Aber ich muss dann schon sagen: Man muss auch wissen, dass das eine bestimmte Infrastruktur erfordert. Das Problem für die erneuerbaren Energien ist der Netzausbau. Dann sollten wir dieses Thema gemeinsam lösen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zu der Frage: Wie sieht das eigentlich aus? Woher kommt dann der Strom? Wir reden ganz bewusst von einer Brückentechnologie, weil uns wichtig ist, deutlich zu machen: Wir wollen hin zu den erneuerbaren Energien.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Es war doch eine Größe der Brücke vereinbart!)

Aber die Frage ist: Wer bildet die Brücke? Darum geht es uns nämlich.

(Zuruf: Sie reißen sie doch ein!)

Wenn Sie die 80 % nehmen, dann bedeutet das, dass es entweder über Kohle oder über Kernenergie läuft. Unter Klimaschutz- und unter Effizienzgesichtspunkten stellt sich schon die Frage, ob wir eigentlich wollen, dass die Kohlekraftwerke die Brücke sind. Im Übrigen ist es die Grundlage einer Greenpeace-Studie und die Grundlage einer UBA-Studie, dass dann, wenn die Laufzeit der derzeitigen Kohlekraftwerke auf 50 Jahre verlängert wird, die ineffizienten Kohlekraftwerke

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

(Ministerin Tanja Gönner)

letzten Endes den höchsten CO₂-Ausstoß haben. Dazu kann ich nur sagen: Herzlichen Glückwunsch zu diesem Weg!

(Zurufe von der SPD und den Grünen – Unruhe)

Sie schaffen es eben nicht, Klimaschutz und Energieversorgung zusammenzubringen.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Emissionshandel!
– Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Lieber Herr Untersteller, eine letzte Bemerkung zu der Frage: Wie viel wird exportiert und wie viel nicht?

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Gibt es einen Emissionshandel oder nicht?)

– Es gibt einen Emissionshandel, lieber Herr Untersteller. Das Problem ist nur, dass Sie sich immer auf Studien berufen, deren Grundannahme lautet: kein Neubau von Kohlekraftwerken, sondern Abschalten der Kernkraftwerke, aber Laufzeitverlängerung für die alten Kohlekraftwerke. Das ist das Wesentliche,

(Zuruf von der CDU: Jawohl!)

was man deutlich sagen muss.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Deswegen sage ich ganz bewusst: Sachlichkeit im Sinn eines Austauschs der Argumente. Ich weise darauf hin, dass es keine Partei in diesem Land gibt – damit meine ich sowohl Baden-Württemberg als auch die Bundesrepublik –, die sich in der Frage der Nutzung der Kernenergie derart bewegt hat wie die CDU.

(Zuruf von der SPD: Ja, rückwärts!)

Wir sind diejenigen, die bereit sind, den Weg in eine klimaschutzfreundliche Energieversorgung zu gehen, hin zu den erneuerbaren Energien, und zwar ohne Schaum vor dem Mund.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Die Idee, die jetzt umgesetzt werden soll, wurde in diesem Land entwickelt, wurde auf Bundesebene umgesetzt und wird jetzt Eingang in die Überlegungen finden. Ich meine schon, dass das dazugehört.

Eine letzte Bemerkung jetzt auch zu Asse: Die Vorgänge um Asse sind mehr als bedauerlich. Aber ich wünsche mir, dass man Interesse an einer Lösung hat und nicht an der Fortführung des Problems. Fakt ist, dass Ihnen das Problem ausgesprochen recht kommt,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

damit Sie das wiederum in unsachlicher Art vorantreiben können.

(Zuruf von der SPD: Ist Asse jetzt da oder nicht?)

Das ist mehr als ärgerlich, und es wird so sein, dass man dieses Thema ebenfalls im Rahmen einer Vereinbarung mit den Energieversorgern besprechen muss.

(Abg. Stephan Braun SPD: Wo ist die Sicherheit der Endlagerung?)

Ich weise darauf hin, dass es zunächst einmal darum geht, das Ganze sauber abzuarbeiten und nicht wieder nur Emotionen und Ängste in der Bevölkerung zu schüren.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Unsachliche Vorwürfe sind auch dann unsachlich, wenn sie in sachlichem Ton vorgetragen werden!)

Ansonsten muss man sich fragen, wie wir den Weg gemeinsam gehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erhält Herr Abg. Untersteller.

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Zu dem Argument des Kollegen Müller und auch der Ministerin, deren Weg sei AKW plus regenerative Energien: Wir haben heute, Ende des Jahres 2009, etwa 18 % Regenerative, und Ihr und mein Ziel ist es, diese weiter auszubauen. Die Bundesregierung sagte bisher, 30 % sollten bis 2020 erreicht werden; manche gehen sogar davon aus, dass es 40 % sind.

Herr Kollege Mappus, die Regenerativen – das wissen wir beide – stehen nicht immer zur Verfügung, weil der Wind nicht immer weht; sie sind also nicht grundlastfähig. Das heißt, man braucht eine Kombination verschiedener Energieträger. Wenn Sie aber eine Laufzeitverlängerung machen, dann haben Sie in den kommenden Jahrzehnten 17 Kraftwerke in Deutschland, von denen jedes 8 000 Stunden pro Jahr, rund um die Uhr, durchläuft. Sie können sie nicht mit regenerativen Energieträgern kombinieren, sondern Sie brauchen Kraftwerke, die man schnell zu- und schnell abschalten kann. Deswegen sage ich, die Laufzeitverlängerung führt dazu, dass wir bei den Regenerativen in den kommenden Jahren einen Stopp erleben werden bzw. keinen solchen Ausbau bekommen werden, wie er in den letzten Jahren der Fall war.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU:
Das ist doch völlig unlogisch! – Abg. Hagen Kluck
FDP/DVP: Das Gegenteil ist der Fall!)

– Nein, das ist kein Unsinn. Herr Kollege Mappus, ein hoher Kernenergieanteil, wie wir ihn heute mit 23 % haben, ist keine Brückentechnologie, sondern eine Barriere für den Ausbau der erneuerbaren Energien.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU:
Warum wollen Sie denn mehr Kohlekraftwerke?)

Herr Kollege Mappus, Sie müssen mir nicht glauben, aber ich zitiere aus der monatlich erscheinenden Zeitschrift „Zeitung für kommunale Wirtschaft“. Dahinter stecken hauptsächlich die kommunalen Energieversorgungsunternehmen. Folgendes stand in der letzten Woche, am 3. Oktober, auf deren Homepage – ich zitiere –:

Blieben die alten Reaktoren tatsächlich länger am Netz, als in allen Planungen unterstellt werden musste, würde

(Franz Untersteller)

das nicht unwesentlich auf das Betriebsregime der neuen Anlagen durchschlagen. Kraftwerke für Ökologie und mehr Wettbewerb könnten teilweise entwertet werden. Gegen abgeschriebene, noch in den Vorzeiten der Liberalisierung von den damaligen Kunden zwangsweise refinanzierte nukleare Stromfabriken können neue Anlagen nicht reüssieren. Investitionen für Klimaschutz und Wettbewerb würden bestraft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Frau Ministerin, noch eines zu Ihrem Argument, die Alternative dazu seien dann mehr Kohlekraftwerke.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Auch dies ist, mit Verlaub, Unsinn. Ich sage Ihnen auch, warum: Wir haben europaweit einen Emissionshandel. Dieser Emissionshandel besagt, dass wir in Deutschland eine Obergrenze von 452 Millionen t CO₂ haben, die pro Jahr emittiert werden dürfen. Angenommen, Sie machen nun eine Laufzeitverlängerung, und angenommen, Sie könnten dadurch Kohlekraftwerke herausnehmen: Was passiert denn dann? Die Betreiber verkaufen die Zertifikate, die sie haben, auf dem europäischen Markt. Dem Klima ist es ziemlich wurst, ob das CO₂ in Baden-Württemberg oder in Polen entsteht. Der Klimawandel ist nun einmal ein globales Problem. Daher ist Ihr Argument bei dieser Frage keines.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Untersteller, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abg. Mappus?

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Selbstverständlich.

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Kollege Untersteller, könnten Sie uns bitte erklären, wie Sie in Baden-Württemberg das hohe Maß an Grundlast fahren wollen, das Sie brauchen, wenn Sie Kernkraftwerke abschalten, wenn Sie das nicht durch Kohlekraftwerke tun wollen.

Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Herr Kollege Mappus, ich will es Ihnen erklären.

(Heiterkeit – Abg. Stefan Mappus CDU: Da sind wir gespannt! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Offensichtlich – das wundert mich bei Ihnen als ehemaligem Umweltminister schon – ist Ihnen die Tatsache entgangen, dass wir heute nicht mehr in der Zeit eines Strommonopols leben, sondern 1998 in einen liberalisierten Markt eingetreten sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Das heißt nichts anderes als: Der Strom macht an der baden-württembergischen Grenze nicht halt.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ah ja! Jetzt wird es interessant! – Lebhaftige Unruhe bei der CDU)

– Lassen Sie mich doch einmal ausreden.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Genau das wollte ich einmal hören! Danke sehr! Das ist genau die Antwort, die wir gebraucht haben! – Anhaltende lebhaftige Unruhe bei der CDU)

Fakt ist das, was die Ministerin – –

(Abg. Stefan Mappus CDU: „Setzen, Sechs“, kann ich nur sagen, Herr Untersteller! Das ist ja wohl nicht Ihr Ernst, was Sie da erzählen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Die Ministerin hat doch deutlich gemacht, worum es geht.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist abenteuerlich! Grundlast mit Import! Das ist ein Witz!)

Sie brauchen einen Netzausbau von Nord nach Süd.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Gegenrufe von den Grünen)

Die Windenergie wird hauptsächlich in Norddeutschland ausgebaut. Das ist das Thema, vor dem Sie sich drücken.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Abenteuerlich, was Sie hier erzählen! – Gegenruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Nein, das ist überhaupt nicht abenteuerlich. Herr Kollege Mappus, Sie haben in den letzten Jahren im Zuge der Liberalisierung die Situation, dass die Kapazitäten hauptsächlich in Norddeutschland ausgebaut werden. Baden-Württemberg wird über kurz oder lang eine Stromimportregion werden, ob Ihnen das passt oder nicht.

(Abg. Stefan Mappus CDU: In der Grundlast? Das glauben Sie doch selbst nicht! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das ist einfach so. Das ist die Realität.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Sagen Sie doch einfach einmal ehrlich, dass Sie Kohlekraftwerke wollen! – Gegenruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Man muss doch nicht das Netz ausbauen, wenn man gar nicht mehr Strom braucht! – Lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Letztlich kommen Sie, Herr Kollege Mappus, nicht darum herum: Die Laufzeitverlängerung nützt in erster Linie den vier großen Konzernen.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Das haben wir doch alles schon gehört!)

Sie nützt nicht dem Ausbau der erneuerbaren Energien. Sie häufen weiter Atommüll an, ohne eine Lösung zu haben. Das ist die Realität.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU: Grundlast mit Stromimporten! Mann, Mann, Mann! Früher hattet ihr wenigstens noch Kompetenz! – Abg. Winfried Scheuermann CDU zu den Grünen: Da klatscht ihr auch noch, bei diesem Käse! – Abg. Stefan Mappus CDU: So etwas habe ich echt noch nie

(Franz Untersteller)

gehört! – Abg. Winfried Scheuermann CDU: So hat noch niemand unbewusst die Wahrheit gesagt! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das französische Fernsehen ist das nächste Mal dabei, wenn Herr Untersteller auftritt! – Unruhe)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, ich darf Sie um Ruhe bitten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Knapp.

Abg. Thomas Knapp SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal kann ich der Frau Ministerin empfehlen, jetzt wieder hochzufahren. Sie hat vorhin gesagt, sie müsse herunterfahren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Kraftwerke!)

Sie können wieder hochfahren, damit Sie gedanklich mitmachen können.

Sachlichkeit: Sie haben gesagt, Sie wollten hier sachlich auftreten. Ich will Ihnen einige Fragen stellen und einige Argumente anführen, aufgrund deren man diese Verlängerung sachlich wirklich nicht gutheißen kann.

Wir haben eine ungelöste Endlagerproblematik. Ich sage Ihnen eines: Viele reden bei der Kernenergie auch von der „Energie der Steinzeit“. Das hat einen ganz einfachen Grund. Wenn die Menschen in der Steinzeit vor 120 000 Jahren das gelagert hätten, was wir heute produzieren, dann wäre das nach dieser langen Zeit noch fast genauso gefährlich wie damals.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Das muss man sich einmal vorstellen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie werden an den Standorten die ganz sachbezogene Diskussion darüber bekommen, was mit dem Zwischenlager wird. Wir haben bis zur Einführung der Zwischenlager im Jahr 2005 gehört: Wir haben mit der Lagerung nichts zu tun. Den Bürgern an den Standorten war klar, dass das Kernkraftwerk kommt, aber dass sie mit der Lagerung nichts zu tun haben. Jetzt haben sie ein Zwischenlager. Dieses Zwischenlager wird größer werden müssen, es wird viel mehr hineinkommen.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Woher kommt denn das?)

Wir bleiben sachlich, aber wir werden das Tricksen, das Sie bei Gorleben gemacht haben, nicht mitmachen. Es muss doch ganz sachlich hinterfragt werden, was da passiert ist.

Sie werden beim Zwischenlager eine Problematik bekommen, und Sie werden auch – Sie sind ja clever und haben sich ein Hintertürchen offen gelassen – bei der Sicherheit ein Problem bekommen. In einer Meldung vom 5. Oktober sagte die Deutsche Umwelthilfe, es gebe ein Sumpfsiebproblem bei allen Druckwasserreaktoren. Es hieß weiter, es gebe bei allen Druckwasserreaktoren ein Problem bei der Notkühlung. Darauf mussten Sie antworten. Sie haben, wie man gehört hat, auch als Land Baden-Württemberg geantwortet. Das heißt,

betroffen sind GKN II und Philippsburg 1 und 2. Das ist also das Sicherheitsproblem. – Sachlich bleiben.

(Zuruf der Ministerin Tanja Gönner)

Dann haben wir noch GKN I übrig. Das ist das Kraftwerk, das als Nächstes vom Netz sollte. Da haben wir das Problem, auf das der Kollege Müller schon vor sieben Jahren hingewiesen hat: Dieses Kraftwerk hält keinem Flugzeugabsturz stand, in keiner Art und Weise. Das ist ein Sicherheitsproblem!

Dann muss man sehen, dass Sie die Diskussion konterkarieren, wenn Sie sagen, Sie wollten 50 % abschöpfen. Sie sagen: Es gibt eine Stromlücke. Da sagen wir: Die gibt es nicht, denn da muss man die dezentrale Energieversorgung aktivieren, die Kraft-Wärme-Kopplung,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau!)

alles, was die Stadtwerke machen wollen, was man vor Ort darstellen kann. Wenn dieses Argument zutrifft, dann muss man es aus Ihrer Sicht also weiterlaufen lassen. Viel Spaß dabei.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Eine völlig katastrophale Argumentation!)

Wenn es diese Versorgungslücke aber nicht gibt, dann frage ich Sie: Was machen Sie, wenn die EnBW und die anderen sagen: „Wir zahlen die 50 % nicht“? Was ist dann mit Ihrer Stromlücke? Was ist mit dem Stromimport, den der Kollege Mappus angesprochen hat?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ja unglaublich!)

Sie können sagen: „Es gibt nur ein Weiterlaufen. Es gibt keine Stromlücke. Wir wollen nur 50 % irgendwoher bekommen.“

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

In der nächsten Argumentation sagen Sie: „Die Stromlücke gibt es. Über die 50 % müssen wir halt noch verhandeln.“ Das funktioniert doch nicht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Das ist ein energiepolitischer Blindflug, den Sie da machen. Das muss man wirklich sagen.

Alle Spatzen pfeifen von den Dächern, dass die großen Energieversorger im Moment nur mit ihren abgeschriebenen Kisten Geld verdienen. Nicht umsonst spricht Villis von einem Obolus. Wenn die Versorger ihre abgeschriebenen Kisten nicht mehr weiterlaufen lassen können, dann stellt sich die Frage: Was bleibt noch an Gewinn? Das müssen Sie heute subventionieren. Das heißt, die Versorger werden Ihnen die Rechnung so aufmachen, dass aus den angestrebten 50 % ein Minimalobolus wird. Wie gesagt: Sie konterkarieren Ihr eigenes Argument: „Aufgrund der Stromlücke brauchen wir die Laufzeitverlängerung; wir wollen nicht importieren“, wenn Sie auf der anderen Seite sagen: „Wir wollen die 50 %.“ Das geht nicht zusammen; das gibt es nicht.

(Thomas Knapp)

Ein Letztes will ich noch sagen. Das zeigt die Problematik auf. Wir haben in Deutschland mit dem Atomkonsens den Weg zum Atomausstieg jetzt zu etwa 53 % beschritten. Man hatte – das kann man etwa bei Wikipedia nachlesen – Restlaufzeiten mit 2,62 Millionen Gigawattstunden vereinbart. Ende 2008 waren hiervon ca. 1,4 Millionen Gigawattstunden abgefahren; es blieben noch rund 1,2 Millionen Gigawattstunden übrig. Insofern war der Atomausstieg zu diesem Zeitpunkt bereits zu 53 % vollzogen.

Jetzt ist die Frage, ob man diesen sinnvollen Weg weitergeht und den anderen eine Chance gibt. Der VKU schreibt es Ihnen ins Stammbuch, und das tun auch alle, die draußen sagen: Wir müssen eine ordentliche Energieversorgung machen, die langfristig angelegt ist, die zukunftsgerecht ist, die dezentral ist. Es darf keinen Weiterbetrieb der Kernenergieanlagen geben.

Daher kann man wirklich nur sagen: Es ist gut, dass heute protokolliert wird. Wir werden Sie später einmal mit Ihren heutigen Aussagen konfrontieren können.

(Ministerin Tanja Gönner: Wir Sie mit Ihnen auch!)

Ich kündige an, dass wir selbst massiv gegen den von Ihnen gewünschten Weg vorgehen. Wir werden uns draußen wieder treffen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das haben Sie ja schon im Wahlkampf probiert!)

Ihr Weg ist falsch.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Genau!)

Korrigieren Sie ihn.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Chef.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Energiepolitik ist „Chef“-Sache!)

Abg. Monika Chef FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Zuhörerinnen und Zuhörer!

(Zuruf von der SPD: „Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger“!)

Die Diskussion, vor allem die Argumentation vonseiten der Opposition, erinnert mich irgendwie an den pawlowschen Hund. Sie reagieren reflexartig, nämlich immer in der gleichen Richtung, wenn das Thema Atom aufkommt. Ich kenne als Bürgermeisterin einer Gemeinde, die Standort eines Kernkraftwerks ist, die Diskussion vor Ort, und zwar seit 15 Jahren. Allmählich, muss ich sagen, sind Ihre Argumente mehr als ausgereizt und irgendwie auch langweilig.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Erzählen Sie das den kommenden Generationen!)

Dabei bestätigt sich für mich vor allem die Erfahrung, dass derjenige, der streitet, wertvolle Zeit verliert, die er eigentlich für seine Arbeit braucht. Sie streiten einfach zu viel und tun zu wenig; das haben auch die Jahre gezeigt, in denen Sie in der Regierungsverantwortung waren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir haben die erneuerbaren Energien gefördert! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Wir haben die Erneuerbaren auf die Schiene gesetzt! – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Zuhören!)

Ich bin überzeugt, dass man sich die Legitimation zur Kritik erst dann erwirbt, wenn man nachweisen kann, dass man selbst alles getan hat, was im eigenen Ermessensspielraum lag. Dieses Gefühl hatte ich damals, als Rot-Grün in Berlin regierte, überhaupt nicht.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Sie waren doch gegen das EEG!)

Denn Sie haben – ich weiß nicht, ob das bekannt ist – auf der einen Seite den Atomausstieg beschlossen, andererseits jedoch Bundesbürgschaften für den Bau osteuropäischer Kernkraftwerke bewilligt.

(Zuruf von der FDP/DVP: So ist es! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Hört, hört! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schizophren!)

Ob das glaubwürdig war, möchte ich doch infrage stellen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unglaublich!)

Ich denke aber, das Energiekonzept 2020 unseres Wirtschaftsministers Ernst Pfister ist ein wichtiger Schritt beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Bereits jetzt ist absehbar: Der Anteil der regenerativen Energien wird bis 2020 auf mindestens 20 % ansteigen. Dies ist ein realistisches Ziel; noch vor wenigen Jahren hätten es einige für utopisch gehalten.

Um Kernkraft und konsequenterweise auch die Kohlekraft vollständig zu ersetzen, bedarf es großer Anstrengungen und vieler Schritte. Ich denke, wir sind dabei auf einem guten Weg. Mit Schwarz-Gelb in Berlin werden wir diese Aufgaben, die Sie in den letzten Jahren vernachlässigt haben, auf jeden Fall lösen.

(Beifall des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Hilfe!)

Die FDP bezeichnet die Kernkraft weiterhin als Brückentechnologie. Diese Brücke – da sind wir uns hier alle einig – muss so kurz wie möglich gehalten werden. Unser Kollege Dieter Ehret kämpft bekanntlich seit jeher gegen die Verlängerung der Laufzeiten der AKWs.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Guter Mann! Nur in der falschen Truppe! – Gegenrufe von der FDP/DVP und des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Um den Ausstieg möglich zu machen, stehe ich – hier bin ich mit der FDP/DVP-Landtagsfraktion völlig einig – für den konsequenten und zügigen Ausbau der regenerativen Energien

(Monika Chef)

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Seit wann? – Gegenruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Schon immer!)

und das Forcieren des Energiesparens – kommen Sie einmal in unsere Gemeinde; viele Gemeinden können Ihnen zeigen, wie man das schon seit Jahren macht –, der Kraft-Wärme-Kopplung sowie der Energieeffizienz.

Im Gegensatz zu anderen Ländern spricht in der Bundesrepublik Deutschland niemand, der ernst zu nehmen ist, vom Bau neuer Kernkraftwerke.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! Sehr richtig!)

Das möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal unterstreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn dass nicht alle Kernkraftwerke in Deutschland – die im Übrigen weltweit zu den sichersten zählen – von heute auf morgen abgeschaltet werden können, ist sicherlich jedem klar. Dabei halte ich nach wie vor den Vorschlag für sinnvoll, nicht ausschließlich das Alter der Kernkraftwerke zu berücksichtigen, sondern vorrangig diejenigen Anlagen weiterzubetreiben, die sich in besonderer Weise durch Sicherheit und Zuverlässigkeit ausgezeichnet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Dies gilt vor allem auch für Neckarwestheim I. Die OSART-Studie ist vorhin vom Kollegen Müller schon genannt worden.

Ich zitiere die Internationale Atomenergie-Organisation:

Kernkraftwerk Neckarwestheim erreicht exzellentes Ergebnis – nukleare Sicherheit hat höchste Priorität. ... EnBW betreibt Kernkraftwerke in Philippsburg und Neckarwestheim auf hohem internationalem Niveau. Kernkraft und erneuerbare Energien sind Partner in einem klimafreundlichen Energiemix.

Deshalb bitte ich auch um die Versachlichung der Diskussion.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Weil der Gefühlshaushalt rot-grüner Befindlichkeit nichts mehr hergibt, ist verständlicherweise heute dieser Strohalm „Risiko der Kernkraft“ der letzte gemeinsame Nenner, den Sie mit Zähnen und Klauen verteidigen. Dafür haben wir natürlich Verständnis,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jesses!)

aber dadurch wird es nicht richtiger.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha! Es gibt gar kein Risiko?)

Wir stehen für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Energieversorgung. Wir sind guter Dinge, dass wir vor allem die wichtigste Frage, nämlich die Endlagerfrage, lösen

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wann und wo? Wo denn und wann denn? In den nächsten 50 Jahren?)

und nicht, wie Sie in den letzten Jahren, aussitzen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Umweltministerin Gönner.

Umweltministerin Tanja Gönner: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar dafür, dass ich zu einigen Fragen doch noch einmal eine Antwort geben kann.

Zunächst einmal zur „Sicherheits- und Sumpfsiebproblematik“. Dieses Thema haben Sie, Herr Knapp, mit dem Verweis auf die Pressemeldung der Deutschen Umwelthilfe angesprochen. Fakten sind: Wir haben erstens Änderungen an den Sumpfsiebgittern vorgenommen, und zweitens wurden sämtliche Messeinrichtungen zur Überwachung installiert. Alle Maßnahmen sind in Baden-Württemberg erledigt.

Im Übrigen: Das derzeit noch SPD-geführte Umweltministerium auf Bundesebene müsste, wenn die Sicherheit nicht gewährleistet wäre, seiner Aufgabe gerecht werden.

(Abg. Stefan Mappus CDU: So ist es! Das ist das Thema!)

Also passen Sie bitte auf mit Ihren Argumenten. Die Tatsache, dass das Aufsicht führende Ministerium im Sinn von Oberaufsicht, nämlich auf Bundesebene, keinerlei Anordnung erlässt, zeigt, dass die Sicherheit gewährleistet ist.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Aber Sie wissen auch, dass das sogenannte Rückspülen nicht ganz ohne Probleme ist!)

Deswegen glaube ich schon, dass man auch immer wieder aufpassen muss, wenn es um die Frage geht: Wie sieht die Sicherheit aus?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was vorhin interessanterweise nicht unbedingt in völliger Klarheit beantwortet wurde: Die Frage nach der Grundlastfähigkeit ist etwas anderes als die Debatte über eine vermeintliche Stromlücke.

(Abg. Stefan Mappus CDU: So ist es!)

Sie werden sich schwertun, in einer Rede von mir, insbesondere in der vorherigen, das Wort „Stromlücke“ auch nur einmal zu entdecken. Grundlastfähigkeit ist etwas völlig anderes. Da geht es nämlich um die Frage: Wie gelingt es uns, das, was ständig und dauerhaft im Durchschnitt nachgefragt wird, auch entsprechend zu decken?

(Abg. Stefan Mappus CDU: Genau!)

Genau das bekommen wir heute über die erneuerbaren Energien nicht hin.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Knapp SPD: Dezentral! Schauen Sie doch einmal in viele Städte!)

(Ministerin Tanja Gönner)

– Lieber Herr Knapp, Dezentralisierung ist natürlich ein richtiges Wort im Hinblick darauf, wie der zukünftige Ausbau aussehen muss.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie sieht aber die Realität aus? Mit Beginn der Liberalisierung im Jahr 1998 haben die Stadtwerke ihre Eigenproduktion von ursprünglich 20 % auf heute 5 % heruntergefahren. Jetzt müssen sie erst einmal wieder in eine Eigenproduktion hineinkommen. Im Übrigen: Gefeierte werden interessanterweise die Investitionen, die sie zu Recht und in guter Absicht in der Nord- und der Ostsee machen. Verschwiegen wird, dass sich die Stadtwerke derzeit allerdings auch an einigen Kohlekraftprojekten beteiligen. So viel zum Thema Dezentralität. Ausgerechnet Stadtwerke beteiligen sich am Bau neuer, zentraler Kohlekraftanlagen! Insofern weise ich nur darauf hin, dass wir schon darauf achten sollten, wie wir damit umgehen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Knapp?

Umweltministerin Tanja Gönner: Aber sicher doch.

Präsident Peter Straub: Bitte, Herr Knapp.

Abg. Thomas Knapp SPD: Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, dass in dem Jahrhundertsommer 2003 – wir werden wahrscheinlich noch mehrere solcher Sommer bekommen –

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Prophet!)

alle Großkraftwerke, vor allem die Kernkraftwerke in Baden-Württemberg, zum einen ihre Leistung deutlich reduzieren mussten und zum anderen sogar diese Reduzierung nur mit Ausnahmegenehmigung, was die Wassereinleitung und die Erwärmung des Neckars und des Rheins betraf, fahren konnten? Wir werden eine solche Problemlage noch öfter erleben. Ist Ihnen parallel dazu bekannt, dass keine dezentrale Anlage Probleme mit diesem Jahrhundertsommer hatte?

Zweite Frage: Wir haben uns immer dafür verkämpft, dass es einen Standort für die Stadtwerke gibt, der in Baden-Württemberg liegt.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Genau!)

Wir und auch die Stadtwerke haben von der Landesregierung leider keine Unterstützung für die Forderung bekommen, dass die Stadtwerke hier einen Standort haben und mit ihren Beteiligungen nicht nach Brunsbüttel gehen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Umweltministerin Tanja Gönner: Zur ersten Frage, Herr Knapp, kann ich die Gegenfrage stellen: Ist Ihnen bekannt, dass im Nachgang des Jahres 2003 ein Lastfallmanagement entwickelt worden ist, das die erforderlichen Antworten auf die Frage gibt: Welches Kraftwerk wird dann ganz vom Netz genommen und welches nicht?

(Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

Als Antwort auf die zweite Frage kann ich Ihnen ebenfalls eine Gegenfrage stellen: Ist Ihnen bekannt, ob denn in diesem

Jahrhundertsommer die dezentralen Anlagen ausgereicht hätten, um sämtliche installierten Kühlgeräte zu betreiben? Sie müssten auf diese Frage antworten, dass das nicht der Fall gewesen wäre. Wenn wir in vielen Bereichen deutlich verstärkt in Elektrizität gehen und ständig mehr Kühlgeräte betreiben, dann gibt es – das werden Sie feststellen – die Probleme heute hauptsächlich im Sommer. Wir haben dafür ein Lastfallmanagement entwickelt.

Im Übrigen noch einmal – das ist mir wichtig –: Ich rede nicht gegen die Dezentralität, aber auch Dezentralität benötigt Zeit für den Ausbau.

Jetzt komme ich zum Thema „Dezentralität und erneuerbare Energien“. Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute ist es bei uns so: Wir haben einen Vorrang der Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in das Stromnetz – wir haben eine Förderung der Erneuerbaren –, und der Rest wird durch fossile Energieträger erzeugt und dann eingespeist. Das heißt also: Die Entwicklung der Erneuerbaren wird Schritt für Schritt immer stärker voranschreiten, was wir im Übrigen wollen und mit unserem Modell noch verstärkt unterstützen wollen. Genau das ist das Entscheidende. Ich habe vorhin schon einmal darauf hingewiesen: Das Entscheidende wird der Netzausbau sein. Lieber Herr Untersteller, wir brauchen, um die Windkraftenergie von der Ost- und der Nordsee in den Süden zu transportieren, entsprechende Netze.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das bedeutet Import!)

– Das hat nichts mit Import zu tun. Wir reden auch nicht nur über Baden-Württemberg, sondern wir reden darüber hinaus über eine Gesamtlösung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch, der Mappus redet immer über Baden-Württemberg! Da müssen Sie ihn einmal aufklären! – Weitere Zurufe, u. a. des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Ich habe nur gesagt: Wir reden nicht nur – –

(Unruhe)

– Hallo? Hallo!

(Heiterkeit)

Ich habe gesagt: Wir reden nicht nur über Baden-Württemberg, sondern auch darüber hinaus. Deswegen ist es wichtig, dass man das sagt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, eine letzte Bemerkung zur Endlagerproblematik. Ich muss ehrlich sagen: Das ist schon etwas, was mich auch insofern bewegt, als dieses Thema ständig verschoben wurde.

(Unruhe – Ein Abgeordneter der SPD stößt einen Pfiff aus.)

– Nein, das finde ich jetzt wirklich überhaupt nicht witzig, im Übrigen auch deshalb nicht, weil es um die Bevölkerung geht.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Zeigen Sie Emotionen, Frau Ministerin?)

(Ministerin Tanja Gönner)

Mich bewegt die Endlagerproblematik, wie gesagt, insofern, als dieses Thema ständig auf nachfolgende Generationen verschoben wurde. Jetzt sage ich: Zwischenlager waren Teil des Konsenses. Die Anlegung von Zwischenlagern war Teil des Konsenses, und Teil des Konsenses war es weiterhin, zunächst einmal die Erkundungen zu stoppen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt sage ich auch noch eines: Es geht doch, wenn es um eine Erkundung geht, gerade darum, in Gorleben die Fragen zu prüfen, die offen sind: Gibt es Wassereinbrüche? Wie groß ist die Deckschicht? Diese Fragen sollen in einer Erkundung geklärt werden – im Übrigen nicht von mir als Politikerin, sondern bitte von Wissenschaftlern.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die waren schon bei Asse dabei, die Wissenschaftler! Viel Glück!)

Ich würde mir wünschen, dass man das dann auch gemeinsam entsprechend machen kann.

Jetzt sage ich noch einmal: Es gibt Probleme, die gelöst werden müssen, und die Endlagerfrage ist eines der schwierigsten. Aber Fakt ist, dass Rot-Grün in den letzten zehn Jahren bei diesem Thema völlig untätig war. Völlig untätig!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Heute bei der Bevölkerung Ängste zu schüren halte ich für unseriös. Das wird im Übrigen der Verantwortung, die die Politik in dieser Frage hat, nicht gerecht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Gorleben liegt in einem CDU-regierten Bundesland, Frau Ministerin! – Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

– Lieber Herr Untersteller, das Thema Endlager werden Sie im Übrigen lösen müssen, so oder so – auch Sie. Sie haben bisher jedoch nichts zur Lösung beigetragen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So ist es! Genau! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja-wohl!)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind damit am Ende der Aktuellen Debatte unter Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der CDU und Antwort der Landesregierung – Abitur 2012: Baden-Württemberg ist gut vorbereitet – Drucksache 14/4593

Dazu rufe ich den Entschließungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/5215, mit zur Beratung auf.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion mit einem Schlusswort von fünf Minuten.

Ich erteile Herrn Abg. Schebesta das Wort.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! In diesem Schuljahr wurden die Schülerinnen und Schüler am Gymnasium von Klasse 5 bis Klasse 10 mit dem Bildungsplan des achtjährigen Gymnasiums unterrichtet. Wir haben mit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums, mit Veränderungen bei der Einschulung und mit Veränderungen, die die Studiendauer im Blick haben, dafür gesorgt, dass Akademikerinnen und Akademiker bei uns mit ihrer Ausbildung früher fertig sind.

Baden-Württemberg befindet sich mit dem achtjährigen Gymnasium im Geleitzug der allermeisten Bundesländer. Wir haben auf dem Weg der Umsetzung, auf dem wir aus den Erfahrungen an den Schulen gelernt haben, Veränderungen in der Studententafel, insbesondere bei der Stundenzahl der ersten Klassen, vorgenommen. Wir haben auf der Strecke der Umsetzung Mittel für Hausaufgabenbetreuung am achtjährigen Gymnasium zur Verfügung gestellt. So funktioniert die Umsetzung des achtjährigen Gymnasiums immer besser und sorgt dafür, dass die Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg mit ihrem Abitur im Anschluss an ihre schulische Bildung weiterhin gute Voraussetzungen haben.

Mit der Großen Anfrage, die die CDU-Fraktion eingebracht hat, wollen wir den Blick auf die Abiturprüfung im Jahr 2012 und die Zeit danach richten; denn an der Abiturprüfung 2012 und dem Kurssystem in den Schuljahren 2010/2011 sowie 2011/2012 nehmen der letzte Jahrgang des neunjährigen Gymnasiums und der erste Jahrgang des achtjährigen Gymnasiums gemeinsam teil. Deshalb war es wichtig, noch einmal klarzumachen, welche inhaltlichen Voraussetzungen an die Abiturprüfung 2012 gestellt werden und dass selbstverständlich nur das abgeprüft wird, was gemeinsame Schnittmenge der Bildungspläne für neunjähriges und achtjähriges Gymnasium ist. Das ist den Schulen mit einem Schreiben vom 10. Juni bekannt gegeben worden, wobei die Schnittmengen dargestellt worden sind, sodass jetzt mit einem einjährigen Vorlauf die Inhalte für das Kurssystem der gymnasialen Oberstufe klar auf dem Tisch liegen.

In der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage ist auch ein Punkt aufgeführt, in dem es darum geht, wie die Ressourcen für diese zwei Jahrgänge in der gymnasialen Oberstufe zur Verfügung gestellt werden. Darin ist klar zum Ausdruck gebracht worden, dass die beiden Jahrgänge getrennt gerechnet werden,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ganz wichtig!)

dass also nicht große Kurse mit zusätzlichen Schülern vollständig gefüllt werden. Wir rechnen für beide Jahrgänge getrennt und stellen die Ressourcen getrennt zur Verfügung, sodass die Rahmenbedingungen dafür gegeben sind, dass das Ganze pädagogisch gut ablaufen kann.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ergibt sehr gute Gruppengrößen!)

Wir stellen auch zusätzliche Deputate für die Organisation, für den höheren Aufwand in der Stundenplangestaltung und für die Beratung von mehr Schülerinnen und Schülern, die für die Oberstufe und die Zeit danach erfolgen muss, zur Verfügung.

Es gibt einen Punkt, über den wir auch bei uns noch offen diskutieren: Das ist das Thema Sachkostenbeiträge. Jede Kom-